



zentralafrika aktuell

2024

Liebe Zentralafrika-Interessierte und Freund:innen des ÖNZ,

ein ereignisreiches Jahr neigt sich dem Ende. In der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) wurde nach den Wahlen Anfang des Jahres eine neue Regierung eingesetzt, gleichzeitig hält die Gewalt insbesondere in den östlichen Provinzen trotz verschiedener Vermittlungsbemühungen an. Auch die Beziehungen zwischen den Regierungen Ruandas, Burundis und der DR Kongo sind weiter extrem angespannt. In Ruanda wurde Präsident Kagame mit überwältigender Mehrheit im Amt bestätigt und in Burundi bleibt die sozio-ökonomische Lage auch im Vorfeld der anstehenden Parlaments- und Kommunalwahlen äußerst prekär.

Damit Sie/ihr über die neuesten Entwicklungen in der Region der Großen Seen auf dem Laufenden sind/seid, bringen wir nach längerer Pause wieder unseren Newsletter „zentralafrika aktuell“ heraus. Der Newsletter erscheint nicht nur in neuer Aufmachung, sondern gibt dieses Mal auch einen Überblick über die aus unserer Sicht wichtigsten Geschehnisse des gesamten letzten Jahres.

Bevor Sie sich/ihr euch in die Lektüre vertieft, noch ein Hinweis in eigener Sache: in den letzten Monaten haben wir intensiv daran gearbeitet unsere Webseite und unser Logo zu überarbeiten und zeitgemäßer zu gestalten. Wir freuen uns daher sehr, Ihnen/euch unsere neue Webseite zu präsentieren: www.oenz.de. Wie gewohnt finden Sie/findet ihr dort neben grundlegenden Informationen zu den Ländern Burundi, DR Kongo und Ruanda interessante Artikel, Berichte und Hintergrundanalysen.

Bleibt uns nur noch Ihnen/Euch eine spannende Lektüre zu wünschen und für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung zu danken.

Frohe Weihnachtszeit und kommen Sie/kommt gut ins neue Jahr!

Herzliche Grüße,

Ciaran Wrons-Passmann, Ronja Fink und Paula Fischer

Inhalt

REGION DER GROßEN SEEN

- [M23-Konflikt: anhaltende Gewalt, Waffenstillstand und festgefahrene Verhandlungen](#)
- [EU nominiert Sonderbeauftragten und stockt Unterstützung für Einsatz der ruandischen Armee auf](#)

DR KONGO

- [Neue Regierung und Debatte um Verfassungsänderung](#)
- [Humanitäre Krise & Zunahme sexualisierter Gewalt](#)

BURUNDI

- [Prekäre sozio-ökonomische Situation](#)
- [Festigung des Machtmonopols der Regierungspartei](#)
- [Burundis Rolle im Ostkongo & Spannungen mit Ruanda](#)
- [Auswirkungen des Klimawandels](#)

RUANDA

- [Vorhersehbare Wiederwahl Kagames](#)
- [Ruandas Rolle im M23-Konflikt](#)
- [EU-Rohstoff-Deal](#)

MITTEILUNGEN DES ÖNZ

- [ÖNZ-Webseite in neuem Design](#)
- [EurAc-Kommuniqué zur Unterstützung der ruandischen Armee durch die EU](#)
- [EurAc Policy Brief zu Monusco-Abzug](#)



Die Region der Großen Seen

M23-Konflikt: anhaltende Gewalt, Waffenstillstand und festgefahrene Verhandlungen

Der im November 2021 wiederaufgeflamnte Konflikt zwischen der "Bewegung des 23. März" (M23) und der kongolesischen Armee FARDC in der Provinz Nord-Kivu dauert trotz verstärkter Vermittlungsbemühungen weiter an. Nach der Vereinbarung eines Waffenstillstands Anfang August hat der Krieg in der zweiten Jahreshälfte zwar an Intensität verloren. Dennoch kommt es in Teilen der Provinz immer wieder zu Gefechten. Während die FARDC sich mit bewaffneten Gruppen, freiwilligen Kämpfern, Söldnergruppen und der burundischen Armee verbündet hat, wird die M23 von 3000-4000 Soldaten der ruandischen Armee unterstützt. Seit August hat die M23 mehrere Ortschaften u.a. in Lubero, im Norden der Provinz Nord-Kivu, in Walikale und rund um die unweit der Provinzhauptstadt Goma gelegene Stadt Sake eingenommen. Die M23 kontrolliert damit nicht nur wichtige Verkehrsknotenpunkte und ressourcenreiche Gebiete, sondern ist mittlerweile nur noch 100km von Butembo, der größten Stadt im Norden der Provinz, entfernt.

Immer mehr Menschen fliehen vor den Kämpfen in Geflüchtetenlager in und um Goma. So ist die Zahl der intern Vertriebenen in der zweiten Jahreshälfte auf bis zu 2 Millionen angestiegen. Wenngleich die Zivilbevölkerung nach dem Waffenstillstand zeitweilig besser mit lebensnotwendigen Gütern versorgt werden konnte und internationale Hilfsorganisationen Zugang zu schwer erreichbaren Gebieten erhielten, bleibt die Lage insgesamt kritisch.

Unterdessen fanden im Nachgang zum von Angola im Rahmen des Luanda-Prozesses vermittelten und am 4. August in Kraft getretenen Waffenstillstands zwischen der DR Kongo und Ruanda weitere Verhandlungen statt. Diese sollten zu einer vorläufigen Einigung führen, die einen Weg aus der Krise ebnen sollte. Hauptstreitpunkte sind einerseits die Unterstützung der M23 durch die ruandische Armee, andererseits die Zusammenarbeit der kongolesischen Armee mit den Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR). Allerdings fühlte sich zum einen die M23 nicht an den Waffenstillstand gebunden, zum anderen gerieten die Verhandlungen in eine Sackgasse als der ruandische Präsident Paul Kagame am 15. Dezember kurzfristig die Teilnahme an einem Gipfeltreffen mit dem kongolesischen Präsidenten Félix Tshisekedi absagte. Als Begründung gab die ruandische Regierung den Unwillen der kongolesischen Regierung an, direkte Verhandlungen mit der M23 zu führen. Die DR Kongo betrachtet die M23 als „extern

unterstützte Terrorgruppe“ und lehnt solche Gespräche strikt ab. Sie fordert den Abzug der ruandischen Truppen und warf Ruanda im Gegenzug vor, die Verhandlungen bewusst sabotiert zu haben. Das Scheitern des Treffens zeigt, wie groß das Misstrauen zwischen den beiden Regierungen ist und wie schwierig sich die Vermittlungsbemühungen gestalten.

[zurück zum Inhalt](#)

EU nominiert Sonderbeauftragten und stockt Unterstützung für Einsatz der ruandischen Armee auf

Im Juli ernannte der Rat der Europäischen Union (EU) den schwedischen Diplomaten Johan Borgstam zum EU-Sonderbeauftragten für die Region der Großen Seen. Borgstam trat das Amt zum 1. September an. Er soll die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas bei der Umsetzung ihrer außenpolitischen Ziele in der Region unterstützen, u.a. indem er zur Stärkung der Partnerschaften mit den Ländern der Region beiträgt und Kontaktpflege betreibt. Der Nominierung vorausgegangen war ein längeres Hin und Her um die Besetzung des Postens. So wurde der belgische Diplomat und neue Außenminister Belgiens, Bernard Quintin, angeblich nicht nominiert, weil er als zu ruandakritisch galt. Wenngleich Borgstam im Oktober und Dezember zu ersten Gesprächen in die Region reiste und u.a. Regierungsvertreter:innen aus der DR Kongo, Ruanda, Burundi, Angola und Uganda traf, kam es bisher noch zu keinen Treffen mit dem kongolesischen Präsidenten Félix Tshisekedi.

Am 18. November entschied die EU außerdem den Einsatz der ruandischen Armee in der Provinz Cabo Delgado in Mosambik mit weiteren 20 Millionen Euro zu unterstützen. Die Hilfe wird im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität (EPF) gewährt und soll für Ausrüstung und Transport genutzt werden. Die Fördermaßnahme ist eine Fortsetzung einer im Dezember 2022 erfolgten Unterstützung. In der DR Kongo hat die Entscheidung Ärger hervorgerufen, da der Eindruck entsteht die EU unterstütze die ruandische Armee trotz seiner Rolle im M23-Konflikt. In Vergessenheit gerät, dass die EU bereits im Juli 2023 eine im Rahmen der EPF gewährte Förderung in Höhe von 20 Millionen Euro zur Unterstützung der 31. Schnelleinsatzbrigade der kongolesischen Armee beschlossen hat.

[zurück zum Inhalt](#)



Burundi

Prekäre sozio-ökonomische Situation

Die sozio-ökonomische Lage in Burundi ist geprägt von einer Mischung aus Wirtschaftskrise und politischer Repression. Ein akutes Problem stellt der seit Monaten anhaltende Mangel an Treibstoff dar. Die Knappheit hat zu massiv steigenden Preisen- und erheblichen Einschränkungen im Transportwesen geführt. Der Engpass beeinträchtigt nicht nur den Handel, sondern auch die alltägliche Mobilität der Menschen und verschärft die bereits schwierige wirtschaftliche Lage. In Kombination mit einer nicht ausreichend instand gehaltenen Infrastruktur wirkt sich dies negativ auf die Lebensqualität der Bevölkerung aus.

Ein wesentlicher Bestandteil der burundischen Wirtschaft ist die Landwirtschaft, was das Land besonders anfällig für externe Schocks macht. Hier zählen unter anderem Folgen des Klimawandels wie ungleichmäßige Regenfälle und Wasserknappheit sowie Störungen der Brennstoffversorgung zu den drängenden Problemen. Häufige Ernteaussfälle und der globale Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise infolge des Ukraine-Kriegs tragen zu chronischer Nahrungsmittelknappheit bei. Die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere aufgrund des Treibstoffmangels und der Währungsknappheit, belasten die Bevölkerung erheblich. Zudem verschärft der Verfall des Burundi Francs die finanziellen Schwierigkeiten der Bevölkerung weiter, was wiederum die wirtschaftliche Aktivität des Landes beeinträchtigt.

[zurück zum Inhalt](#)

Festigung des Machtmonopols der Regierungspartei

2025 stehen in Burundi die Parlamentswahlen an, 2027 die Präsidentschaftswahlen. Im Jahr 2024 verschärfte sich die politische Lage. Die Regierung unter Präsident Évariste Ndayishimiye festigte zunehmend ihre Kontrolle, während politische Freiheiten weiter

eingeschränkt wurden. So berichtet beispielsweise Human Rights Watch von zunehmenden Repressionen gegen die Opposition und der Unterdrückung von kritischen Stimmen.

Laut einem Bericht von Amnesty International vom Juli 2024 kam es in Burundi weiterhin zu Verletzungen der Presse- und Meinungsfreiheit. Dazu gehören willkürliche Verhaftungen, insbesondere gegenüber Journalist:innen, und der Unterdrückung von abweichenden Meinungen. Die zu zehn Jahren Haft verurteilte unabhängige Journalistin Floriane Irangabiye wurde im August per Dekret begnadigt. Sie wurde 2023 verurteilt, da sie die „Integrität des nationalen Territoriums“ verletzt habe.

Die Nationale Wahlkommission (CENI) hatte zunächst verkündet, dass ihr für die Wahldurchführung mehrere Milliarden Burundische Francs (Fbu) fehlen. Nun hieß es, dass sie über ausreichend Mittel verfüge. Prosper Ntahorwamiye, Präsident der Nationalen Wahlkommission (CENI) äußerte sich zuversichtlich, dass das Budget ausreichen würde und der Staat nötigenfalls zusätzliche Mittel bereitstellen könne.

Auch die EU plant, Burundi im Zeitraum der Wahlen finanziell zu unterstützen, wobei genaue Details über das Programm noch nicht bekannt sind. Präsident Ndayishimiye versprach der Bevölkerung zu Beginn der Kampagne für politische Bildung freie und transparente Wahlen.

[zurück zum Inhalt](#)

Burundis Rolle im Ostkongo & Spannungen mit Ruanda

Burundis Rolle in der Region hat sich im letzten Jahr unter dem Eindruck des M23-Konflikts im Osten der DR-Kongo stark gewandelt. Burundi schloss am 11. Januar 2024 seine Grenzen zu Ruanda, nachdem die Regierung Ruanda beschuldigte, die bewaffnete Gruppe RED-Tabara zu unterstützen. RED-Tabara kämpft seit 2015 gegen die burundische Regierung und hat sein Hauptquartier in der Provinz Süd-Kivu im Osten der DR Kongo. Wenngleich Ruanda die Anschuldigungen prompt zurückwies und die Grenzschießung als destabilisierende Maßnahme verurteilte, sind die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern schwer belastet. Auch der Fluss von Gütern und Menschen ist stark beeinträchtigt.

Laut Berichten stehen sich ruandische und burundische Soldat:innen in der DR Kongo gegenüber: während Ruanda die M23 unterstützt, hat Burundi bilaterale Abkommen mit der kongolesischen Regierung abgeschlossen, die die Entsendung von Soldat:innen in den Osten der DR Kongo vorsehen. Burundis Präsenz zielt neben dem Kampf gegen die M23 darauf ab, die RED-Tabara zu bekämpfen. Zudem hält die M23 burundische Kriegsgefangene, was die Beziehungen zwischen Burundi und Ruanda weiter verschlechtert.

[zurück zum Inhalt](#)

Auswirkungen des Klimawandels

Burundi leidet massiv unter den Folgen des Klimawandels, was sich auch bei der Bevölkerung bemerkbar macht. Seit September 2023 dauern ungewöhnlich lange und intensive Regenfälle an, die durch das Wetterphänomen El Niño verstärkt werden. Diese Regenfälle führen zu massiven Überschwemmungen, die bereits über 100.000 Menschen zur Flucht gezwungen haben. In vielen Regionen wurden Häuser, landwirtschaftliche Flächen und lebenswichtige Infrastrukturen zerstört. Besonders betroffen ist das Gebiet um den Tanganjika-See, dessen Wasserstand stark gestiegen ist. Ufergebiete sind überflutet worden, was zur Zerstörung von Feldern und Wohnhäusern führte. Auch in der Hauptstadt Bujumbura wurden ganze Stadtteile überflutet, Straßen und Brücken zerstört und öffentliche Einrichtungen, einschließlich Hotels und Krankenhäuser, mussten aufgegeben werden. Laut Regierungsangaben sind bisher über 200.000 Menschen von den Auswirkungen betroffen und die Zahl der Binnenvertriebenen ist um 25 % gestiegen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind besonders für Fischer:innen, sowie Bäuerinnen und Bauern Burundis spürbar, deren Lebensgrundlagen bedroht sind. Fischbestände im Tanganjika-See sind aufgrund der veränderten klimatischen Bedingungen rückläufig, was die Nahrungsversorgung und das Einkommen der lokalen Bevölkerung gefährdet. Bäuerinnen und Bauern kämpfen mit den extremen Wetterbedingungen, die die Ernten verzögern und durch Überschwemmungen und Bodenerosion die Fruchtbarkeit der Böden beeinträchtigen.

In Reaktion auf diese Herausforderungen haben die Menschen begonnen, neue Anbaumethoden zu entwickeln, die widerstandsfähiger gegenüber extremen Wetterereignissen sind, während andere in alternative Einkommensquellen investieren. Trotz Unterstützung durch die Vereinten Nationen und die Regierung bleibt die Lage kritisch. Im April 2024 hat die Regierung gemeinsam mit den Vereinten Nationen einen Appell für finanzielle Hilfe gestartet, um den zunehmenden humanitären Bedarf zu decken und weitere Katastrophen abzuwenden. Kritiker*innen fordern die Regierung auf, den Notstand auszurufen, internationale Unterstützung zu mobilisieren und die Bevölkerung besser zu schützen.

[zurück zum Inhalt](#)



DR Kongo

Neue Regierung und Debatte um Verfassungsänderung

Nach dem Wahlsieg Präsident Tshisekedis Ende 2023/Anfang 2024 wurde im April mit der ehemaligen Planungsministerin Judith Tuluka Suminwa erstmals eine Frau zur Premierministerin ernannt. Aufgrund von Gerangel um Regierungsposten wie dem Vorsitz der Nationalversammlung erfolgte die Einsetzung der Regierung allerdings erst im Juni. Die Regierung besteht aus insgesamt 54 Minister:innen, darunter Vertreter:innen aus der Regierungskoalition Union Sacrée de la Nation (USN), der Zivilgesellschaft sowie der Opposition. Trotz einer breiten Mehrheit von 450 von 500 Sitzen im Parlament bleibt die USN ein fragiles Gebilde. Einige Parteien und politische Gruppierungen sind nicht in der Regierung vertreten, andere bemängeln, dass sie - gemessen an ihrem politischen Gewicht - nicht angemessen an der Regierung beteiligt worden sind.

Die neue Regierung beabsichtigt sich zunächst auf die Themen Beschäftigung, Sicherheit und Infrastruktur zu konzentrieren und hat für den Zeitraum 2024-28 ein weitreichendes Investitionsprogramm im Umfang von 92 Milliarden Dollar angekündigt. Das Programm stößt sowohl bei der politischen Opposition als auch der Zivilgesellschaft auf Skepsis. Sie betonen die Notwendigkeit die Korruption zu bekämpfen sowie gute Regierungsführung zu fördern.

Im Oktober schlug Präsident Tshisekedi vor, die Verfassung zu ändern und kündigte die Einsetzung einer Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung im Jahr 2025 an. Die derzeitige Verfassung, die 2005 durch ein Referendum angenommen wurde, bezeichnete er als „veraltet“ und „nicht an die Realitäten des Landes angepasst“. Außerdem erklärte er, die Verfassung sei „im Ausland und von Ausländern ausgearbeitet“ worden. Während hohe Regierungs- und Parteivertreter:innen ihre Unterstützung zum Ausdruck brachten, kritisierten Vertreter:innen der Zivilgesellschaft sowie der politische Opposition die Ankündigung, da sie befürchteten, dass Tshisekedi die verfassungsmäßige Begrenzung auf zwei Amtszeiten zu umgehen versucht. Tshisekedi plädiert dafür eine Änderung der Amtszeitbegrenzung vom Volk beschließen zu lassen. Unterdessen haben am 18. Dezember 2024 27 Oppositionsparteien, darunter die Partei des zweitplatzierten Präsidentschaftskandidaten, Moïse Katumbi, sowie des ehemaligen Präsidenten, Joseph Kabila,

[zurück zum Inhalt](#)

Humanitäre Krise & Zunahme sexualisierter Gewalt

Mit ca. sieben Millionen Vertriebenen ist die DR Kongo von einer der größten humanitären Krise weltweit betroffen. Diese ist in erster Linie auf die Konflikte im Osten des Landes (der M23-Konflikt, aber auch die Gewalt, die von anderen bewaffneten Gruppen wie den Allied Democratic Forces (ADF) oder der Coopérative pour le développement du Congo (CODECO) ausgeht) sowie in anderen Teilen des Landes (z.B. in Kwamouth im Westen des Landes) zurückzuführen. Angesichts des Ausmaßes der Krise, ist die humanitäre Lage alarmierend. Die Menschen sind gezwungen, in überfüllten, meist provisorischen Lagern zu leben, die nicht über die nötige Infrastruktur verfügen, um die Grundbedürfnisse der Menschen zu decken. In vielen dieser Lager fehlt es an ausreichend Nahrung, sauberem Wasser und medizinischer Versorgung. Die schlechten Bedingungen werden durch wiederholte Angriffe auf diese Camps verschärft, bei denen bewaffnete Gruppen, wie auch die M23-Miliz, gezielt Zivilist:innen ins Visier nehmen. Die Angriffe verschärfen die prekäre Lage der Geflüchteten. Für viele ist das Leben in den Lagern eine ständige Bedrohung, da die Sicherheitslage extrem instabil ist.

Besonders alarmierend ist die weit verbreitete sexualisierte Gewalt, die in den Lagern und den umkämpften Regionen gemeldet wird. Frauen und Mädchen sind in diesen unsicheren Umgebungen besonders gefährdet, Opfer von Vergewaltigungen und anderen Formen der Gewalt zu werden. Diese Übergriffe bleiben häufig ungestraft, da es in den Lagern oft an Schutzmaßnahmen und rechtlicher Unterstützung fehlt. Viele der Opfer haben keinen Zugang zu medizinischer und psychologischer Hilfe, was die Traumatisierung und die Situation für die Betroffenen zusätzlich verschärft.

[zurück zum Inhalt](#)



Ruanda

Vorhersehbare Wiederwahl Kagames

Am 15. Juli 2024 fanden in Ruanda Präsidentschaftswahlen statt, die Präsident Paul Kagame mit 99,18 % der Stimmen gewann. Das Ergebnis übertrifft den Stimmenanteil von 98,79 % aus dem Jahr 2017 und spiegelt Kagames anhaltende Dominanz wider. Das Resultat der Wahl war wenig überraschend, da Kagame und seine Partei, die Rwandan Patriotic Front (RPF), die wichtigsten Institutionen des Landes sowie den medialen und öffentlichen Diskurs umfassend kontrollieren. Kagame, der bereits seit dem Jahr 2000 im Amt ist, könnte theoretisch noch zwei weitere Male zur Wahl antreten und bis 2034 im Amt bleiben.

Neben Kagame traten zwei weitere Kandidaten zur Wahl an: Frank Habineza, der Vorsitzende der Democratic Green Party of Rwanda (DGPR), und Philippe Mpayimana, ein unabhängiger Kandidat. Habineza erhielt lediglich 0,5 % der Stimmen, während Mpayimana 0,32 % erreichte. Mehrere Oppositionskandidat:innen, die ursprünglich zur Wahl antreten wollten, wurden von der Wahlkommission nicht zugelassen. Auch die beiden langjährigen Oppositionspolitiker:innen Victoire Ingabire und Bernard Ntaganda wurden aufgrund von Verurteilungen eine Kandidatur verwehrt. In Anbetracht des sehr kleinen Bewerberfeldes musste der Präsident keine ernsthafte Konkurrenz fürchten und konnte sich einen nahezu unangefochtenen Sieg sichern.

Im Vorfeld der Wahlen zeigte sich erneut, wie die ruandische Regierung den medialen Diskurs beeinflusst. Wie das Media Forensics Hub der Clemson University in einem im Juni veröffentlichten Bericht aufdeckte, setzt die ruandische Regierung systematisch Künstliche Intelligenz (KI) ein, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. In dem Bericht werden mindestens 464 Konten identifiziert, die seit Januar 2024 aktiv waren und mit über 650.000 Nachrichten die Online-Diskussionen mit pro-Kagame-Inhalten fluteten. KI-Tools wie ChatGPT wurden vor allem verwendet, um eine positive Darstellung der Regierung zu erzeugen und so das Meinungsbild in sozialen Medien zu beeinflussen.

[zurück zum Inhalt](#)

Ruandas Rolle im M23-Konflikt

Die Unterstützung der im Osten der DR Kongo operierenden „Bewegung des 23. März“ (M23) durch die ruandische Armee brachte dem Land erneut viel Kritik ein und bleibt ein Hauptstreitpunkt im Konflikt mit der kongolesischen Regierung. Laut dem Ende Juni veröffentlichten Jahresbericht der Expertengruppe zur DR Kongo der Vereinten Nationen wird die M23 durch 3000-4000 Soldaten der ruandischen Armee unterstützt. Außerdem ist von einer Unterstützung durch die ugandische Armee die Rede. Die Unterstützung durch Ruanda hat es der M23 ermöglicht, Teile der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu einzunehmen. Durch die Eroberung dieser Gebiete kontrolliert die M23 bedeutende Handelswege und ressourcenreiche Gebiete, was ihre wirtschaftliche und militärische Position stärkt.

Vertreter:innen der Vereinten Nationen sowie der UN-Sicherheitsrat äußerten erneut mehrfach ihre Besorgnis über die Unterstützung Ruandas für die M23. Der Sicherheitsrat wies darauf hin, dass die Unterstützung gegen internationale Abkommen und Resolutionen verstößt, die auf eine Deeskalation des Konflikts in der DR Kongo abzielen. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der USA und der Vereinten Nationen, sorgt sich um die zunehmende Militarisierung des Konflikts. Die USA betonten, dass die illegale Förderung und der Handel mit Mineralien aus den von der M23 kontrollierten Gebieten den anhaltenden Konflikt weiter anheizen und die humanitäre Krise im Ostkongo verschärfen. Gleichzeitig forderte der UN-Sicherheitsrat, dass alle Akteure, einschließlich Ruanda, ihre Unterstützung für bewaffnete Gruppen einstellen und sich stattdessen auf diplomatische Lösungen zur Beendigung des Konflikts konzentrieren.

Die ruandische Regierung bestreitet mittlerweile nicht mehr im Nachbarland militärisch präsent zu sein, spricht allerdings von „Schutz- bzw. Verteidigungsmaßnahmen“. Ruanda knüpft den Abzug seiner Truppen an die Bedingung, dass die kongolesische Armee gegen die in Nord-Kivu ansässige „Forces Démocratiques de Libération du Rwanda“ (FDLR) vorgeht und mit der M23 verhandelt. Im Rahmen des von Angola vermittelten Luanda-Prozesses legte die kongolesische Regierung im Herbst einen Plan zur „Neutralisierung“ der FDLR vor. Dennoch sagte der ruandische Präsident Paul Kagame am 15. Dezember kurzfristig die Teilnahme an einem Gipfeltreffen mit dem kongolesischen Präsidenten Félix Tshisekedi mit der Begründung ab, dass die kongolesische Regierung nicht zu Gesprächen mit der M23 bereit sei. Die kongolesische Regierung weigert sich mit der M23 zu verhandeln, da sie sie als „extern unterstützte Terrorgruppe“ betrachtet.

[zurück zum Inhalt](#)

EU-Rohstoff-Deal

Mit der Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU) am 20. Februar 2024 begründeten die Europäische Union und Ruanda eine Partnerschaft im Bereich der Integration der Wertschöpfungsketten im Rohstoffsektor. Ein zentraler Bestandteil des Abkommens ist die Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank (EIB), die sowohl technische als auch finanzielle Mittel bereitstellt. Diese Unterstützung soll die Produktion und den Export von Rohstoffen steigern und die

Infrastruktur für relevante Wertschöpfungsketten verbessern. Die Partnerschaft setzt auch auf die Verstärkung der Zusammenarbeit im Bereich der verantwortungsvollen Rohstoffproduktion, darunter die Einhaltung internationaler Umwelt-, Sozial- und Governance-Standards (ESG) sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Handels.

Wie die große politische Unterstützung, die die Partnerschaft durch die Europäische Kommission erfuhr, andeutet, betrachtet die EU Ruanda zunehmend als wichtigen Akteur in der globalen Versorgung mit kritischen Rohstoffen. Die Unterzeichnung des MoU führte in der Folge jedoch auch zu massiver Kritik, allen voran aus der DR Kongo. Hauptkritikpunkt war, dass die EU mit Ruanda eine Zusammenarbeit im Rohstoffsektor vereinbare, obwohl die Rohstoffvorkommen gering seien und die meisten der aus Ruanda exportierten Mineralien aus der DR Kongo stammten. Mit der Unterzeichnung des MoU würde also die Plünderung kongolesischer Ressourcen unterstützt. Die Tatsache, dass die EU im Oktober 2023 mit der DR Kongo ein ähnliches MoU über kritische Rohstoffe unterzeichnet hatte, wurde dabei als weniger relevant erachtet, da es sich bei den aus der DR Kongo stammenden Rohstoffen um die eigenen Ressourcen handelt.

[zurück zum Inhalt](#)

Mitteilungen

ÖNZ-Webseite in neuem Design

Seit Sommer dieses Jahres haben wir intensiv an einer neuen Struktur und einem neuen Design für unsere Webseite gearbeitet. Sie finden/Ihr findet sie hier: www.oenz.de.

10.12.2024

Aktuelles: EurAc-Kommuniqué zur Unterstützung der ruandischen Armee durch die EU

EurAc kritisiert die EU-Mittelvergabe an Ruanda trotz Unterstützung der M23. Das Netzwerk warnt vor Gewalt, Missbrauch von Hilfsgeldern und fordert strikte Bedingungen für die Vergabe.

[mehr](#)

19.11.2024

Aktuelles: EurAc Policy Brief zu Monusco-Abzug

In einem Policy Brief zum Abzug der UN-Friedensmission Monusco aus dem Osten der DR Kongo fordert EurAC, den Schutz der Bevölkerung in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen.

[mehr](#)

[zurück zum Inhalt](#)

zentralafrika aktuell erscheint 4x jährlich.

Redaktion: Ciaran Wrons-Passmann, Ronja Fink, Paula Fischer
V.i.S.d.P.: Ciaran Wrons-Passmann

Fotos:

Header: Philémon Barbier

Region der Großen Seen: ÖNZ

Burundi: Philémon Barbier

DR Kongo: Philémon Barbier

Ruanda: Ciaran Wrons-Passmann

[zurück zum Inhalt](#)

ö n z ökumenisches netz
zentralafrika e.V.

Ökumenisches Netz Zentralafrika

Schöneberger Ufer 61, 10785 Berlin

Fon: 0049 30 48625700, office@oenz.de

[Datenschutzerklärung](#)

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Acme GmbH | John Doe | Somewhere 12 | 12345 Anywhere | Deutschland | <http://www.eample.com>